

# Alle versprechen ein Baukindergeld

## Vorschläge aus SPD, FDP und der Union / Wende in der Familienpolitik der CDU?

Von Jürgen Liminski

Es gehört schon ein wenig Mut dazu, der Deutschen Presse-Agentur (dpa) als CDU-Politiker zu sagen, man dürfe sich nicht nur um Randgruppen kümmern, sondern auch um die normale Familie als Mitte der Gesellschaft. Diesen Mut hat überraschenderweise als erster der CDU-Chef in Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, aufgebracht mit konkreten Vorschlägen untermauert. Er will diese Vorschläge auf dem Parteitag der CDU auch den Parteifreunden schmackhaft machen. Was an der Sache so spannend ist: Ein Vorschlag heißt Baukindergeld, also eine Maßnahme, die die Minister von der Leyen (CDU) und Steinbrück (SPD) in der ersten großen Koalition 2006 abgeschafft hatten. Man hätte es also mit einer Wende in der Familienpolitik der CDU zu tun.

Rückblende: Der Paradigmenwechsel in der Familienpolitik in der ersten Regierung Merkel bestand darin, dass man der SPD folgte und Familie nicht mehr als Institution wahrnahm, sondern nur die Einzelpersonen im Blick hatte, um die sich der Staat kümmern sollte. Man betrieb Familienmitgliederpolitik. Bis heute. Nun sagt Laschet, für die CDU als bürgerliche Partei müsse die Familie im Fokus stehen. Außerdem sei Wohneigentum auch eine solide Form der Altersvorsorge, sie gebe den Familien Freiraum und Sicherheit. In der Tat, das Baukindergeld schafft ein Stück soziale Stabilität. Das sei „nachhaltiger als das Versprechen sozialpolitischer Wohltaten durch Blender von links und rechts“.

Diese Blender gab es jahrzehntelang auch in der CDU. Man lobte die Familie und strich ihr die Eigentumsförderung, verkürzte das Kindergeld um zwei Jahre und kippte das Erziehungsgeld, das als Sockelbetrag im Elterngeld ein Restdasein fristet. Noch heute glaubt das Establishment in Berlin, Vorbild junger Familien wären die Vollzeit-Doppelverdiener-Eltern. Aber das Modell junger Familien heute heißt: Ein Elternteil Vollzeit, ein Elternteil Teilzeit und die Teilzeit in Funktion des Alters der Kinder – so das Statistische Bundesamt. Wenn es Laschet und seiner NRW-CDU gelingt, die neue Familienpolitik in das Wahlprogramm zu hieven, wäre das nach all den Wendungen und Windungen dieser Partei mal eine Volte in die richtige Richtung. Und man könnte wieder von einer eigenständigen Familienpolitik der CDU reden. Wenigstens bis zur Wahl.

Die Chancen für die Annahme der nordrhein-westfälischen Vorschläge stehen gut. Erst recht, seit die SPD versucht, die CDU in Sachen Eigenheimförderung plötzlich zu überholen und ihr das Thema zu stehlen. Bauministerin Hendricks schlug am Mittwoch ein Familienbaugeld vor und bezifferte es auch: Bis zu 20.000 Euro sollen Familien erhalten, wenn sie in Ballungsgebieten mit knappem Wohnraum eine Wohnung in einem Mietbau erwerben. Dabei dürften die Eltern zusammen aber nicht mehr als 70.000 Euro pro Jahr verdienen und die Förderung für das erste Kind solle 8000 und die beiden nächsten je 6000 Euro betragen. Für das vierte Kind gäbe es dann nichts. Der Plan sei mit Bundesfinanzminister Schäuble besprochen, der aber davon nichts wusste. Das Finanzministerium wollte das Konzept nicht kommentieren, solange es nicht vorliege. Schäubles Kollege, der bayrische Finanzminister Markus Söder will solange nicht warten. Man brauche eine breite, bundesweite Förderung für bezahlbares Wohnen, nicht nur in Ballungsräumen und mit einem Kinderzuschuss für alle Kinder. Diesen Zuschuss beziffert er auf 1200 Euro für Kinder über zehn Jahre.

Der Vorschlag der NRW-CDU ist nicht beziffert. Man kann davon ausgehen, dass er eher bei den 6000 Euro der SPD als bei den 1200 der CSU liegt. Außerdem sieht er vor, dass die Familien bei den Baunebenkosten ebenfalls unterstützt werden sollen, etwa durch Erlassung der Grunderwerbssteuer bei einem Kaufpreis bis zu 500.000 Euro. Dafür hatte sich auch der FDP-Vorsitzende Christian Lindner ausgesprochen, das sei zudem unbürokratisch und helfe individuell.

Natürlich wird es für den Vorschlag Laschets Gegenwind geben, auch aus der eigenen Partei und die erste Frage der Gegner wird lauten: Wer soll das bezahlen? Aber es geht nicht um Almosen. Es geht bei der Familienpolitik um Gerechtigkeit. Für Banken und Flüchtlinge werden Milliarden locker gemacht, bei der Gerechtigkeit für Familien, insbesondere für Mütter zeigt man sich knauserig. Und sicher, die Wahlen kommen in Sichtweite und man entdeckt auch in der Union wieder die Familien. Gerade deshalb ist die selbstkritische Offenheit, mit der Laschet das Thema angeht, beachtlich. Familienpolitik bleibt aber, unabhängig von allen Motiven, immer auch eine Frage der Gerechtigkeit. Und weil das so ist, ist die Familienpolitik im allgemeinen und Mütterrente oder Baukindergeld im besonderen immer auch ein Prüfstein für das Gerechtigkeitsverständnis der Parteien. Mit der Wende, die in NRW beginnen soll, geht es um mehr als eine Wahl. Es geht auch um das Selbstverständnis der Christlich-Demokratischen Union.